DER BUNDESRAT HAT BESCHLOSSEN:

Gegen den Beschluss des Nationalrates vom 13. Oktober 2004 betreffend eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, keinen Einspruch zu erheben.

Wien, 2004 11 05

Sissy Roth-Halvax

Anna Elisabeth Haselbach

Schriftführung

Präsidentin des Bundesrates